

Ercheinen:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Vierteljährliches Abonnement: am Schalter 1 M.,
durch den Boten ins Haus 1 M. 25 Pf., durch
die Post 1 M. 25 Pf., durch die Post frei ins
Haus 1 M. 50 Pf.

Inserate
für die am Abend vorher auszugebende
Nummer werden bis früh 9 Uhr angenommen und
Gebühren für solche von auswärts, wenn dies
der Einfender nicht anders bestimmt, durch Post-
Nachnahme erhoben.

Großenhainer Unterhaltungs- und Anzeigebblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Großenhain.

Druck und Verlag von Herrmann Starke in Großenhain.

Für die Redaction verantwortlich: Herrmann Richard Starke.

Nr. 132.

Dienstag, den 9. November 1886.

74. Jahrgang.

Politische Weltschau.

Immer näher rückt die Zeit, wo die deutsche Volksvertretung wieder in Berlin zu Beratungen zusammentritt, denen man diesmal mit besonderer Spannung entgegenfieht. Der Haushaltetat des Reichs, welcher den Reichstag in der ersten Zeit der Session zumeist beschäftigen wird, liegt dem deutschen Bundesrath bereits ziemlich vollständig vor, doch fehlen dabei noch immer der Militäretat und der Etat des Auswärtigen Amtes. Da die Etatsberatung im Bundesrath sehr glatt verläuft, kann der deutsche Reichstag bei seiner Eröffnung, die am 23. oder am 24. d. M. erfolgen soll, ohne Zögern an seine erste Aufgabe herantreten. In den letzten Tagen beschäftigte sich der deutsche Bundesrath außer mit den Etats der Marine, der Zölle und Verbrauchssteuern, des allgemeinen Pensionsfonds, der Verwaltung der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphenwesens u. s. w. mit dem Gesetzentwurf über die Unfallversicherung für Seelente und mit einer Vorlage über die Ausprägung der Zwanzig-Pfennig-Münzen. Zwischen den Vertretern der deutschen Regierungen zeigt sich bei diesen Verhandlungen die größte Einmüthigkeit, dagegen sieht man bei der jetzigen Parteierklärung im deutschen Reichstage heftigen Debatten entgegen. Durch den von dem Führer der conservativen Fraction von Rauchhaupt energisch bekämpften, aber vom Centrum unterstützten kirchenpolitischen Antrag des Freiherrn von Hammerstein ist selbst die Einigkeit innerhalb der conservativen Partei in Frage gestellt worden. Die Hoffnung der Regierungskreise, die Centrumpartei durch verbesserte Beziehungen zwischen der preussischen Regierung und dem Vatican zum Verzicht auf das Bündniß mit der Opposition zu veranlassen, ist dadurch fast ganz geschwunden, daß die Ultramontanen als erste Friedensbedingung die unmögliche Wiederzulassung der Jesuiten beanspruchen. Als Antwort hierauf brachte die „Köln. Ztg.“ in den letzten Tagen einen anscheinend auf amtliche Quellen gestützten Artikel, in welchem der Eintritt mehrerer Mitglieder der höchsten preussischen Adelsfamilien in den Jesuitenorden sehr abfällig besprochen und anknüpfend an die kürzlich gemachte Mittheilung, daß zwei Mitglieder der Familie von Schorlemer diesem Weisspiele gefolgt sind, noch auf andere derartige Fälle tabelnd hingewiesen wurde. In dem erwähnten offiziellen Artikel wurde auf die Absicht hingewiesen, künftigen Böglingen der Jesuiten ebenförmig wie den Mitgliedern dieses Ordens die Reichsangehörigkeit abzuspreden. Um so schärfer stellen sich die Ultramontanen Allem entgegen, was zur Ausöhnung zwischen Kirche und Staat in Preußen dienen kann, trotzdem diese durch die Versöhnlichkeit des Papstes Leo XIII. und die Bereitwilligkeit Preußens zu einer nochmaligen Revision der Maigesetze völlig gesichert erscheint. So schied der Director des bischöflichen Knabenseminars in Fulda, Freiherr von Schorlemer, aus seiner bisherigen Stellung, weil er, nach Mittheilungen ultramontaner Blätter, „die weitgehenden Zugeständnisse, welche neuerdings dem Einfluß und der Aufsicht der staatlichen Behörden in Bezug auf die genannte Anstalt eingeräumt sind, mit seiner priesterlichen Ueberzeugung nicht vereinbaren konnte“. Wird aber das Centrum auch ferner durch den Einfluß der Jesuiten zu einer oppositionellen Haltung im deutschen Reichstage veranlaßt und dadurch in dem letzteren die Bildung einer regierungsfreundlichen Mehrheit verhindert, dann ist sehr geringe Aussicht vorhanden, die gerade bei der jetzigen ungewissen Weltlage doppelt wichtigen Fragen der längeren Feststellung der Friedensstärke des deutschen Heeres und der Vermehrung der deutschen Marine rasch und befriedigend zu lösen.

Für die auswärtige Politik des deutschen Reiches ist es besonders werthvoll, daß der mit demselben verbündete österreichisch-ungarische Kaiserstaat fest genug gefügt ist, um im Kriegsfalle eine starke Macht auszurufen. Bereits bei der Besprechung des deutsch-österreichischen Bündnisses im deutschen Reichstage brückte Fürst Biemarck die Ueberzeugung aus, daß die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie auf den Ruf ihres Kaisers hin einen glühenden Patriotismus und eine große Opferwilligkeit zeigen würden, wenn der Zwang der Umstände von dem Kaiserstaate eine Entfaltung seiner ganzen militärischen Kraft verlangen sollte. Das deutsch-österreichische Bündniß wird aber erst recht geschätzt und gefördert werden, wenn die seit Donnerstag in Pest versammelten Delegationen Oesterreichs und Ungarns nicht nur den Willen bekunden, an diesem Bündniß unverrücklich festzuhalten, sondern demselben auch durch Gewährung der Mittel für rasche Beschaffung der neuen Repetirgewehre freudig Opfer zu bringen. Sowohl der

Präsident der österreichischen Delegation, Dr. Smolka, als auch der Präsident der ungarischen Delegation, Graf Tisza, betonte in der Eröffnungsansprache, daß dem gemeinsamen Heer die Mittel nicht vorenthalten werden dürften, um seinem opfervollen Verufe gerecht werden zu können, daß aber auch die wichtigen Interessen der Monarchie im Orient um keinen Preis, selbst nicht behufs Vermeidung eines bewaffneten Zusammenstoßes aufgegeben werden dürften. Diese entschlossene Sprache wird sicher in Rußland tiefen Eindruck machen.

Im italienischen Parlament wird bald nach der Eröffnung die ärgerliche Angelegenheit des Deputirten Turri viel Staub aufwirbeln. Der Letztere hat trotz seiner dienstlichen Eigenschaft als Schiffscapitän die Regierung wiederholt in der Kammer angegriffen. Als ihm dies der „Popolo Romano“ bitter vorwarf, schrieb Turri der Redaction einen geharnischten Brief, der den Kriegsminister Ricotti veranlaßte, den oppositionellen Schiffscapitän in Arrest zu schicken. Da man aber in Italien auf die parlamentarischen Vorrechte sehr eifersüchtig ist, rief die militärische Maßregelung Turri's einen Sturm der Entrüstung hervor. Darauf stellte das Ministerium Turri in Disponibilität, gab ihm aber die Freiheit, eine Maßregel, die weder die Opposition zum Schweigen bringt, noch die Verhaftung Turri's ungeschehen macht.

Durch den Rücktritt des französischen Ministers der öffentlichen Arbeiten, Baihaut, brach in dem französischen Cabinet eine partielle Krise aus, die anfangs den Eintritt einer allgemeinen Krise befürchten ließ, zumal der Conseilpräsident Freycinet das erledigte Portefeuille vergebens mehreren einflussreichen Politikern anbot. Die Führer der republikanischen Partei beschloßen jedoch, das Cabinet Freycinet wenigstens bis zum Schluß der jetzigen außerordentlichen Session zu unterstützen, sobald, wenn es zu einer Krise kommt, diese erst im Januar nach Eröffnung der Session 1887 erfolgen dürfte. Mit großer Beharrlichkeit wird dem Conseilpräsidenten angenommen, Deutschland durch den neuen Botschafter in Berlin, Jules Herbet, zu einer Beteiligung an der Pariser Weltausstellung von 1889 zu veranlassen. Gleichzeitig knüpfen aber die hervorragendsten Pariser Blätter an die freundliche Annahme des neuen Botschafters die Laboulaye durch die russische Regierung die verzweifeltesten Hoffnungen auf ein französisch-russisches Bündniß, dessen Spitze sich gleichzeitig gegen Deutschland und gegen England richten würde. Unter solchen Umständen dürfte die auswärtige Politik des Cabinets Freycinet sehr bald in eine Sackgasse gerathen.

Allem Anschein nach ist die englische Regierung nicht gesonnen, aus Furcht vor Frankreich in der ägyptischen Angelegenheit zurückzuweichen und hält das Ministerium Salisbury es geradezu für unmöglich, das Milland neuen Empörungen und einer grenzenlosen Unordnung preiszugeben. Einer etwaigen türkischen Zumuthung der Räumung Egyptens ist von London aus so energisch vorgebeugt worden, daß die Pforte den dortigen türkischen Botschafter, Rustem Pascha, anwies, seine Vorstellungen bei dem Staatssecretär des Auswärtigen, Abdesseleh, bezüglich Egyptens einzustellen und den Gegenstand gar nicht weiter zu erwähnen. Ein gegen den Verbündeten Englands, den Emir von Afghanistan, angezettelter Aufstand in dem mittelasiatischen Laghman-Gebiete scheint sehr rasch unterdrückt worden zu sein. Minder erfreulich lauten die Nachrichten aus dem neuerworbenen birmanischen Reich, wo die Aufständischen immer lecker vorzudringen und neuerdings die Stadt Minlah am Irawaddy-Strom zerstörten.

Die russische Regierung billigte das schroffe Vorgehen des Generals von Kaulbars in rückhaltlosester Weise, indem sie im „Regierungsanzeiger“ ankündigte, daß der General zu dem von ihm gestellten Ultimatum im Voraus die Genehmigung des Zaren erhalten habe. In Folge der strengen Neutralität der Mächte wird unzweifelhaft Rußland seinen Willen in Bulgarien durchsetzen, zumal die bulgarischen Landleute und die Gewerbetreibenden in den Städten vor Allem Frieden und Ruhe wünschen. Damit gewinnt Rußland aber doch nur ein zweites Belen, denn die allein actionsfähigen Gesellschaftsklassen in Bulgarien hat es sich gründlich verfeindet, und der Haß derselben findet bei den übrigen Balkanflaven Wiederhall. In der öffentlichen Meinung Europas aber schädigte das Auftreten seiner Bevollmächtigten Rußlands Ansehen außerordentlich und die Meinung, daß Rußland sich in einer Periode steigenden panslavistischen Uebermuths befindet, bricht sich in immer weiteren Kreisen Europas in einer Weise Bahn, die früher oder später dem Zarenreiche verhängnisvoll werden muß.

Als bei der Eröffnung der bulgarischen Sobranje in Tirnowa die Namen der Deputirten verlesen und dabei auch

diejenigen der in Dubnitza von den Russenfreunden auf entsefliche Weise ermordeten Abgeordneten erwähnt wurden, erhoben sich die Minister und alle Abgeordneten und riefen: „Mögen ihre Seelen Frieden haben!“ Als man Karawelow's Namen verlas, hörte man Grunzen und Rufe: „Tod dem Verräther!“ Alle Zankowisten, ungefähr 30 an Zahl, waren in der Sitzung anwesend, obgleich sie erklärt hatten, an den Verhandlungen der Sobranje nicht Theil nehmen zu wollen. Die Absicht der Kammermehrheit, den Prinzen Waldemar von Dänemark zum Fürsten von Bulgarien zu wählen, dürfte zunächst unerfüllt bleiben, da in Folge der brohenden russischen Occupation der Bestand der Regentenschaft wie das Fortdauern der Sobranje in Frage gestellt ist. Karawelow erbot sich, aus der Regierung auszuschcheiden, wenn man dafür dem Russenfreund Zankow einen Platz im Cabinet räumen wolle. Um den erbitterten Zaren zu versöhnen, war die bulgarische Regierung damit einverstanden; da aber Zankow zuvor das Ausschreiben Stambulows verlangte, zerfiel sich der von Karawelow in friedfertiger Absicht angebahnte Ausgleich. Der Rücktritt des ganzen bulgarischen Cabinets und ein Systemwechsel in russenfreundlichem Sinne scheint dennoch unvermeidlich, da es kein anderes Mittel giebt, die vollständig vorbereitete Ausschiffung russischer Truppen an der bulgarischen Küste zu verhindern.

Tagesnachrichten.

Deutsches Reich. Der Zeitpunkt des Besuches des Prinz-Regenten Luitpold von Bayern am Berliner Hofe soll nunmehr auf den 13. November festgestellt sein. Der Prinz-Regent wird hierbei während seines mehrtägigen Aufenthaltes den Kaiser auch zu den Hofjaden in Lehlingen begleiten. Seit der Gründung des deutschen Reiches ist es das erste Mal, daß ein Haupt der Wittelsbach'schen Königsfamilie am Hofe von Berlin erscheint; als Vertreter des verstorbenen Königs Ludwig II. ist dagegen Prinz Luitpold schon öfters in der Reichshauptstadt gewesen. — An der am Sonnabend bei Lehlingen stattgefundenen Hofjagd nahm der Kaiser nicht Theil, sondern ließ sich dabei durch seinen Enkel, den Prinzen Wilhelm von Preußen, vertreten. — Der Kronprinz Friedrich Wilhelm ist am Sonntag Abend nach längerer Abwesenheit wieder in Berlin eingetroffen, nachdem er am Freitag noch den glänzenden Vermählungsfestlichkeiten am Hofe von Weimar und am Sonntag der Einweihung des restaurirten altberühmten Domes in Merseburg beigewohnt hatte. Die Frau Kronprinzessin wird dagegen nebst ihren Töchtern erst im Laufe dieser Woche Italien verlassen und auf der Heimreise noch in München einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen.

Wie die „Nat.-Lib. Corresp.“ berichtet, wird der neue Staatssecretär des Reichsschatzamt, Dr. Jacobi, demnächst dem Reichskanzler einen Besuch abstatten; voraussichtlich werde alsdann die Entscheidung über die Wiederaufnahme der Reichsteuer-Reformversuche getroffen werden.

Im Marmorpalais zu Potsdam geriet am Sonnabend eine Balkenlage des Dachstuhl's in Brand, doch konnte das Feuer alsbald wieder gelöscht werden.

Oesterreich-Ungarn. In der Thronrede des Kaisers bei der am 6. November in Buda-Pest erfolgten Eröffnung der Delegationen heißt es bezüglich der auswärtigen Lage: „Die vortrefflichen Beziehungen, in welchen wir zu allen Mächten stehen, und die Versicherungen friedlicher Intentionen, die wir von allen Regierungen erhalten, lassen hoffen, daß trotz der schwierigen Lage im Orient es gelingen wird, unter Wahrung der Interessen Oesterreich-Ungarns Europa die Segnungen des Friedens zu erhalten.“

Der von England kürzlich an Oesterreich gemachte Vorschlag hinsichtlich einer gemeinsamen Cooperation in der bulgarischen Frage wurde zurückgewiesen.

In Wien wurde am 4. November Abends nach 10 Uhr in der inneren Stadt auf der Wollzeile der Buchdruckereibesitzer Schloßberg von einem unbekanntem jungen Manne erschossen. Dieser Mord auf offener Straße hat großes Aufsehen erregt.

In der Schweiz tritt man jetzt der Frage der Verstaatlichung der Eisenbahnen ebenfalls näher. Zunächst handelt es sich um den Ankauf der Nordostbahn und hat der Bundesrath bereits die hierauf bezüglichen Anträge des Eisenbahndepartements angenommen, auch die Vorstände der betreffenden Departements mit den Unterhandlungen hierüber beauftragt.

Frankreich. Die Lücke, welche im Cabinet Freycinet durch den Rücktritt des Bauteurministers Baihaut entstanden war, ist nun wieder ausgefüllt. Der Senator Millaud hat die Stelle Baihaut's eingenommen; doch lauten die Angaben über seine Parteistellung noch verschieden, bald wird er den

in
Swe.,
esfüllen
fertigte
ohne
zum Ele-
Breife.
a mit und
stellen
bilität
Str. 26.
r. Mäh
bschlags-
Seite,
Gasse.